kommunistische hochschulzeitung

Juni 75 Zeitung der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation / Wien (MLS) Preis 3.-

Zwei fortschrittliche Lehrer sollen von Wiener Schule entfernt werden

Interview mit V. Seyr

Vielleicht sagen Sie uns zuerst, was in Ihrer Schule vorgefallen ist.

Was meinen Fall an der Schule betrifft, ist das Wesentlichste, daß für die angekündigte Nichtverlängerung meines Vertrages politische Gründe genannt wurden. Man warf mir meine "politische Linie" im Unterricht vor. Konkret: Ich hätte die Schüler zu Kritik erzogen und hätte sexuelle Libertinage befürwortet. Dazu gab ein Schülerreferat Anlaß. Außerdem soll mein Unterricht antiautoritär sein. Deswegen wandte ich mich auch an die Öffentlichkeit. Deswegen schrieben mein Kollege und ich den Offenen Brief, weil wir meinen, daß eine solche Maßregelung, die auf der Linie der Berufsverbote liegt, wie sie in Deutschland massenweise praktiziert werden, an die Öffentlichkeit gebracht werden muß.

Wie sehen Sie den politischen Hintergrund dieser Maßnahme?

Man versucht den beginnenden Widerstand fortschrittlicher Lehrer gegen die Misere im Schulwesen, gegen bestimmte Inhalte und Erziehungsmethoden von Anfang an im Keim zu ersticken. Es werden dabei auch die Lehren aus den Erfahrungen in der Bundesrepublik und den Bundesländern gezogen.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als sei das alles ein bloßer Willkürakt des Direktors. Es hat aber solche Fälle schon in ganz Österreich gegeben. Können sie uns etwas über die rechtliche Basis der Maßnahmen des Direktors sagen bzw. darüber, wie überhaupt die Lehrer unter Kontrolle gehalten werden?

Natürlich gibt es Unterschiede in den verschiedenen Bundesländern und Schulen. Zur rechtlichen Basis: Die Lage der Sondervertragslehrer (1/4 in ganz Österreich, 1/3 in Wien aller AHS-Lehrer) - ist durch absolute Rechtlosigkeit geprägt, da der Sondervertrag nur ein Jahr gilt, und darüber hinaus mit einer einmonatigen Frist kündbar ist. Die Sondervertragslehrer müssen daher besonders "brav" sein, und sich die verschiedensten Benachteiligungen gefallen lassen. Bezeichnend ist, daß ein Sondervertrags-

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

Über 600 Menschen begrüßten Genossen Sithole, den Begründer der ZANU auf einer Solidaritätsveranstaltung in Wien.



Für das Recht auf Studienabschluß
Streik und Institutbesetzung bei den Soziologen

Das Ministerium versucht mit allen Mitteln die neue STO gegen den Willen der Studenten durchzusetzen. Im letzten Semester wurden die Studenten vor die Alternative gestellt: Entweder sie akzeptieren den 2. Teil des Studiengangs oder sie dürfen überhaupt nicht mehr fertig studieren.
Die große Empörung der Studenten machte sich im letzen WS in einem 2 tägigen Warnstreik Luft, der jedoch kein greifbares Ergebnis brachte.
Auch in diesem Semester wurde der Kampf weitergeführt. Wir bildeten ein Komitee und stellten die zentrale Forderung auf:

Für das Recht auf Studienabschluss nach der Rigorosenordnung!

Das nicht deshalb, weil die Rigorosenordnung so gut ist oder weil wir für immer und ewig an dieser Studienordnung festhalten wollen, sondern weil wir uns zuerst den Druck vom Halse schaffen müssen, nicht fertig studieren zu können, und klarerweise das nach den derzeit in Kraft stehenden Bedingungen tun wollen.

Das Ministerium hatte selbst, nachdem es in einigen Punkten den 2. Teil des Studienplans abgelehnt hatte, eine solche Regelung zugestanden. Aber nun, um den Widerstand der Studenten zu brechen, setzte es diese Regelung einfach außer Kraft. Sie diente dem Ministerium nur solange, als sie ihm half seine Wünsche durchzusetzen.
Um Druck hinter unsere Forderungen auf Studienabschluß zu setzen, beschlossen wir, letzten Dienstag, (10.6.) in den Streik zu treten. Der Streik wurde zwar von fast allen Kollegen lückenlos durchgeführt, viele blieben jedoch während des Streiks zu Hause und warteten ab, was passieren würde. Nach den massiven Einschüchterungsversuchen des Ministeriums hielten manche Kollegen den Kampf zwar für richtig und notwendig, glaubten aber nicht daran, daß man gegen einen so starken Feind den Sieg davontragen könne.
Die Streikversammlung schikkte eine Delegation zum Ministerium die unsere Forderungen deponierte. Die zynische Antwort des Minis-

FORTSETZUNG AUF SEITE 3

Veronika Seyr

WiednerHauptstraße 39
1o4o W I E N

Peter Forstner

Spittelbreitengasse 18
112o W I E N

Wien, 9.Juni 75

An den Stadtschulrat für Wien und das Erzbischöfliche Amt für Unterricht und Erziehung.

OFFENER BRIEF

Wir, Veronika Seyr und Peter Forstner, wenden uns mit einem offenen Brief an den Stadtschulrat für Wien und an das Erzbischöfliche Amt für Unterricht und Erziehung, um unsere Anglegenheit in der Öffentlichkeit darzulegen.

Ich, Veronika Seyr, unterrichte seit September 1973 am BRG und RG XV Deutsch im Sondervertrag. Am 22. April erfuhr ich auf meine Frage,mit wieviel Stunden ich im kommenden Schuljahr rechnen könne, von Direktor HofratDr. Franz Salomon, daß keine Chance auf Verlängerung meines Sondervertrages bestehe. Ein Personalvertreter erklärte mir in einer Aussprache, daß die Nichtverlängerung des Vertrages nicht auf mangelnde pädagogische Fähigkeiten zurückzuführen sei, sondern auf die "politische Linie" meiner Arbeit mit den Schülern und auf mein Auftreten unter den Kollegen. In meinem Unterricht forderte ich die Schüler auf, Verbesserungsvorschläge zum Unterricht zu machen und Kritik zu äußern. Bei Aussprachen mit den Eltern fragte ich sie, ob sie mit Inhalt und Methode meines Unterrichtes einverstanden seien.

An all dem kritisierte der Personalvertreter, daß ich Unruhe in einen harmonischen Lehrkörper gebracht habe und durch meine Erziehung zu "Kritik und Emanzipation" die Disziplin der Schule gefährde, ohne aber behaupten zu können, in meinen Stunden herrsche keine Disziplin. Daß ich ein freigewähltes Referat über ein sexuelles Thema in einer vierten Klasse nicht verhinderte, zeige deutlich meine "politische Linie", die mit der pädagogisch-weltanschaulichen Linie des Direktors und dieser Schule nicht vereinbar sei.

Ich,Peter Forstner, unterrichte seit September 1973 ebenfalls am BRG und RG XV katholische Religion. Im April d.J. wurde ich ins Erzbischöfliche Amt für Unterricht und Erziehung vorgeladen, wo man mir mitteilte, daß ich für das nächste Schuljahr an eine andere Schule versetzt werden müsse. Nähere Begründung für diese Maßnahme wurde mir nicht genannt.

Der Leiter des Schulamtes teilte mir allerdings mit, daß ich nicht versetzt worden wäre, hätte nicht Hofrat Dr.Salomon über persönliche Beziehungen zum Schulamt die Versetzung urgiert.

Art, Weise, Inhalt und Methoden meines Unterrichtes fänden nicht seinen Gefallen. Details wurden mir auch dazu nicht genannt. Bereits im Herbst des vorigen Schuljahres sollen sich laut Auskunft des Direktors (mir gegenüber anonym gebliebene) Eltern über meinen Unterricht beschwert haben. Kontrollen von Heften der Schüler waren dem vorausgegangen. Daraufhin setzten sich einige Eltern in einer kleinen Unterschriftenaktion für mich ein. Als mich einer meiner Fachkollegen im Auftrag des Direktors beim Schulamt anschwärzte, wurde ich noch vor Weihnachten vom zuständigen Fachinspektor inspiziert. U.a. wurde ich dabei auch zu meinem Engagement bei der Wahl zum Schulgemeinschaftsausschuß befragt.

Wir hatten uns nämlich vor den Wahlen zum SchGA im Herbst 1974 mit anderen Kollegen dafür eingesetzt, daß auf einer Lehrerversammlung die Aufgaben und Möglichkeiten des SchGA besprochen werden und die kandidierenden Kollegen ihre Vorstellungen zur Arbeit im SchGA darlegen sollten, und am Zustandekommen dieser Versammlung auch gegen den Willen eines Teiles der Personalvertretung mitgewirkt.

Auch diese Aktivitäten würden nach Auskunft des Personalvertreters die Ruhe an der Schule stören und Ordnung und Disziplin nicht gewährleisten.

Alle diese Begründungenriefen Unmut bei Teilen der Kollegenschaft und der Schüler hervor. Erst Tage später begründeten der Direktor und die Personalvertretung meine, Veronika Seyrs, Nichtwiedereinstellung mit Stundenmangel, was nach Meinung vieler Kollegen eine Ausrede ist. Schüler informierten uns daraufhin, daß sie eine Unterschriftensammlung gegen unsere Entfernung aus der Schule durchführen und sich mit Briefen an den ORF,BMFU und den Stadtschulrat wenden. Der Direktor erklärte dann gegenüber Kollegen, er werde sich jetzt dafür einsetzen, daß ich, Veronika Seyr, an keiner Schule mehr Stunden erhalte.

Die Maßnahme der Direktion, uns im kommenden Schuljahr an dieser Schule keine Stunden mehr zu geben, richtet sich offensichtlich gegen alle Bestrebungen, die Schulangelegenheiten offen unter allen Lehrern, Schülern und Eltern zu behandeln.

Wir halten an unserer Auffassung, daß alle Schulangelegenheiten öffentliche Angelgenheiten sind, weiterhin fest, und wenden uns deshalb an die Öffentlichkeit.

Im Sinne dieser Überzeugung möchten wir unsere Tätigkeit an dieser Schule fortsetzen und ersuchen den Stadtschulrat um Verlängerung des Vertrages und das Schulamt um Rücknahme der Versetzung.

Hochachtungsvoll
Veronika Seyr e.h.
Peter Forstner e.h.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

INTERVIEW...

lehrer ohne Angabe von Gründen gekündigt werden kann. Es ist klar, daß ihre gefährdete und schwache Situation die Kollegenschaft aufspaltet. Aber da alle Lehrer dem besonderen Dienstrecht unterworfen sind, sind sie in großer Abhängigkeit von den Schulbehörden und dem Staat überhaupt. Sobald ein Lehrer selbständige Vorstellungen zum Unterricht,zu Schulfragen, zum Verhältnis vonSchule und Gesellschaft entwikkelt, und wenn er Mißstände kritisiert, haben der Direktor und die Schulbehörden genügend Handhaben gegen den Lehrer.

Sie und Ihr Kollege, Sie haben dieSchwierigkeiten also deshalb bekommen, weil Sie in der Gestaltung Ihres Unterrichts nicht dem entsprochen haben, was die Bourgeoisie sich unter Unterricht vorstellt.

ja, natürlich, aber man darf nicht vergessen daß der zweite wesentliche Grund unser Auftreten zu Schulangelegenheiten im Lehrkörper ist. Denn wir setzten uns dafür ein, daß die Wahl zum Schulgemeinschaftsausschuß durch eine Lehrerversammlung vorbereitet und mit einem Programm der Kandidaten durchgeführt wird. Natürlich brachte das Bewegung un den Lehrkörper und führte zu einer scharfen Konfrontation,weil viele Kollegen so wie wir für eine offenenAuseinandersetzung über diese Schulangelegenheit waren.
Was meinen Unterricht betrifft, so versuchte ich immer die Schüler zu einer kritischen Haltung gegenüber den vorgegebenen Inhalten in Lehrbüchern, aber auch mir als Lehrer gegenüber zu erziehen. Ich wollte, daß sich die Schüler anhand von Aufsätzen, Lektüre und Diskussionen mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit auseinandersetzen und sie so früh wie möglich durchschauen. Ich habe ein Vertrauensverhältnis zu meinen Schülern.Sie waren am Unterricht sehr interessiert und verhielten sich diszipliniert.

Was sagen eigentlich die Schüler und Eltern dazu, daß Ihr jetzt nicht mehr weiter unterrichten sollt?

Wie absurd die Anschuldigungen der Direktion sind, sieht man am besten daran, wie sich die Schüler selbst über meinen Unterricht äußern: "Wir müssen viel lernen, wir haben keinen "Lenz" bei der Frau Prof.Seyr. Für uns ist wichtig, daß sie uns zuhört, uns ausreden läßt, daß sie uns an den richtigen Stellen kritisiert und uns höflich behandelt".
Sofort nach Bekanntwerden der Maßnahmen der Direktion begannen sie, Unterschriften zu sammeln und beschlossen, ihre Eltern zu informieren. In einem Klima des starken Drucks (Spitzel, Schülerbefragungen u.ä.) machen die Schüler folgendes:
Sie schreiben immer wieder an die Tafel:" Forstner und Seyr müssen bleiben!" Gegen die Versetzung des Kollegen Forstner protestieren sie durch Austritt aus dem Religionsunterricht (eine Klasse will geschlossen austreten!)
Der Kontakt mit den Eltern ist schwierig herzustellen. Sie kennen sich meist nicht und sind daher zersplittert. Das wichtigste wäre natürlich eine massive Unterstützung durch die Eltern. In unserem Fall ist es nicht soweit gekommen. Denn gerad die Eltern als direkt Betroffene sollen sich über die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder eine Meinung bilden.

Die Lehrer V. Seyr und P. Forstner sollen weiterhin am BRG/RG XV unterrichten!

Die Maßregelung der beiden Lehrer Veronika Seyr und Peter Forstner durch ihren Direktor Salomon und das Erzbischöfliche Amt für Unterricht und Erziehung zeigt, wie sich die Ämter, die die Schule im Auftrag des Staates verwalten, davor fürchten, daß die Angelegenheiten der Schule unter Lehrern, Eltern und Schülern offen behandelt werden. Lehrer die nicht bereit sind, die Schüler im Dienst der herrschendenAusbeuterordnung zu Duckmäusertum zu erziehen und ihnen jede Selbständigkeit und Kritik auszutreiben, bringen"Unruhe" in die Schulen. Das ist schlecht für die herrschende Klasse, die alles versucht, die Lehrer zu ihren Dienern zu machen, die nur auf die Vorgesetzten hören und auf die Vorschriften achten und den Schülern und Eltern als Beauftragte des Staates der Kapitalisten gegenübertreten.

Mit solchen Maßregelungen werden Leute wie Salomon aber höchstens die berufliche Laufbahn einiger Lehrer zerstören können und dazu beitragen, daß die Zustände an den Schulen zunehmend ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden und immer mehr Menschen in die Auseinandersetzung um diese Fragen hineingezogen werden. Im übrigen beweisen sie nur, daß das Volk die Kontrolle über das Schulwesen nicht dem bürgerlichen Staat überlassen darf. Denn der setzt die Kreaturen der Bourgeoisie an die Schaltstellen der Schulverwaltung.

Mit der Forderung nach Weiterbeschäftigung der beiden Lehrer machen die Schüler und Eltern dem bürgerlichen Staat das Recht streitig, zu entscheiden, ob Veronika Seyr und Peter Forstner weiterhin an dieser Schule unterrichten sollen oder nicht.

Wir Kommunisten unterstützen dieseForderung. Denn erstens sind wir der Meinung, daß sich alle Lehrer so verhalten sollen wie Veronika Seyr und Peter Forstner: Nicht auf die Anordnungen des Direktors und die Unterrichtsvorschriften achten, sondern auf die Anliegen des Volkes. Und zweitens sind wir der Meinung, daß es richtig ist, wenn die Eltern und nicht die Schulbürokratie darüber entscheidet, ob die beiden Lehrer weiterhin unterrichten sollen. Wir treten dafür ein daß das ganz allgemein sein soll: das Volk soll die Lehrer, die seine Kinder unterrichten sollen, wählen; daß es das Recht haben soll, die Lehrer zur Rechenschaft zu ziehen bis zur jederzeitigen Abwählbarkeit. Wir treten dafür ein, daß das Volk die Kontrolle über alle Schulangelegenheiten ausüben soll: Die Ausbildung der Kinder des Volks soll dem Volk dienen und nicht der Bourgeoisie.

Die Angelegenheit wird jetzt im Stadtschulrat "überprüft" und es besteht die Gefahr, daß das ganze in die Ferien verschleppt wird. Deshalb ist es notwendig, Druck hinter die Forderung zu setzen, Solidaritätsresolutionen an den Stadtschulrat zu schicken und eine breite Debatte über diese Fragen zu führen. Nächste Woche wird eine Versammlung an der Uni-Wien stattfinden.

Hörerversammlung: Mi 25.VI. Hs I 20h

FORTSETZUNG VON SEITE 1

SOZIOLOGIE....

teriums lautete: Stimmt dem Studienplan zu, dann könnt ihr fertig studieren.
Bald stand für uns alle fest: Wir müssen massive Aktionen setzen. Das Druckmittel, das wir zur Hand hatten war, den Institutsbetrieb zu unterbinden.
In einer Streikversammlung am Donnerstag beschlossen wir, das Institut zu besetzen und eine Pressekonferenz einzuberufen. Die Assistenten und Professoren leisteten gewaltsamen Widerstand, würgten einige Studenten und rissen sie bei den Haaren. Sie drohten immer wieder mit rechtlichen Verfolgungen und damit, sie würden sich weigern, die beteiligten Kollen dissertieren zu lassen. All diese Drohungen und Einschüchterungsversuche halfen ihnen nichts: Wir erklärten ganz ruhig, wir würden die Räume nicht verlassen, wir müßten zu diesen Schritten greifen, da wir unsere gerechten Forderungen durchsetzen wollten, was mit Petitionen, Delegationen usw. aber nicht zu erreichen sei. Den Professoren und Assistenten blieb schließlich nichts anderes übrig, als sich zurückzuziehen und das Institut zu verlassen. Bald zeigte sich, daß die Besetzung ein gutes Mittel war: Prorektor Winkler erschien plötzlich gegen 22.oo Uhr und versuchte die Lage auszukundschaften. Er wollte uns überreden von der Besetzung Abstand zu nehmen. Er sagte, das Firnberg Ministerium wäre sofort dafür gewesen uns mit Polizeieinsatz wegräumen zu lassen. Auch Rektor Korninger 'müsse' das tun. Auch Winkler erklärten wir unsere Lage und unsere Forderungen.
Am Freitag nach der Pressekonferenz erhielten wir wieder 'hohen' Besuch. Prorektor Winkler und Dekan Komarek marschierten auf. Die Professoren und das Ministerium hatten sich gegenseitig den schwarzen Peter zuzuschieben versucht. Der eine behauptete vom anderen, er sei Schuld bzw. für die Angelegenheit zuständig. Sie versuchten sich gegenseitig eins auszuwischen. Winkler sagte zu, er würde sich für unsere Forderungen einsetzen, ein Rechtsgutachten schreiben und die Professoren würden darüber beraten. Er wetterte gegen die 'Unfähigkeit' des Ministeriums. Auch das Ministerium schwankt immer stärker auf den Druck der Studenten hin. Seine neueste Version: Eigentlich ist die Rigorosenordnung überhaupt illegal, selbst für die, die bis jetzt noch danach studieren. Das Ministerium gibt zu, es hat Fehler begangen, jetzt sind nicht mehr nur die Studenten, sondern auch die Professoren schuld.
Bisher zeigt unser Kampf zweierlei: Wenn die Studenten sich zusammenschließen und konsequent für ihre Forderungen kämpfen, sich dabei von halbherzigen Zögerern, drohenden Ministerialbeamten und Professoren nicht einschüchtern lassen, den Betrieb lahmlegen und die Öffentlichkeit darüber informieren, dann ist es möglich diese Herrschaften in Bewegung zu bringen.
Gleichzeitig dürfen wir uns nicht darauf verlassen, daß Leute wie Winkler das schon für uns 'regeln' werden. Wir müssen weiter geschlossen für unsere Forderungen auftreten und alle Kollegen für den aktiven Kampf gewinnen.

Prof. Bodzenta: Gewalt gegen Soziologiestudenten

Auf der Streikversammlung im Seminarraum des Instituts hatten wir die Besetzung beschlossen. Diszipliniert und fr dlich betraten wir dann in kleinen Gruppen die Zimmer der Assistenten und Professor Bodzentas. Dort erklärten wir Ihnen zum x-ten Mal unsere Forderungen, daß wir jetzt eine Besetzung durchführen um unsere Forderung durchzusetzen.
Dozent Zapototzky schrieb sich die Finger wund notierte alle Namen und drohte mit gerichtlicher Verfolgung. Frau Assistent Speiser (Schwägerin von Prof. Bodzenta) stieß schrille Warnschreie aus. Dann wurde sie handgreiflich. Gewaltsam versuchte sie einen Kollegen aus ihrem Zimmer zu drängen.
Am gewalttätigsten aber ging Prof. Bodzenta gegen uns vor: Zuerst drohte er einem Studienrichtungsvertreter: "Wenn sie mein Zimmer nicht sofort verlassen, lasse ich sie nicht dissertieren!". Er stürzte sich auf uns, er riss Kollegen bei den Haaren und würgte sie.
Daß diese Leute als treue Staatsdiener wie Tiger "ihr" Reich zu verteidigen versuchten, erregte unter den Kollen Verwunderung und Empörung zugleich. Man kann das aber ganz leicht verstehen: Wer keine andere Perspektive hat, als sich in seiner Büttelexistenz zu verbessern, der schlägt wild um sich, wenn er diese gefährdet sieht.

Kein Mittel ist solchen Menschen zu schlecht und primitiv. Tags zuvor wurde von Dozent Zapotoczky das Gerücht ausgestreut, die Kollegen, die für ihre Forderungen kämpfen, hätten eine völlig unbeteiligte Putzfrau niedergeschlagen. Mit sowas sollen die Studenten eingeschüchtert und von ihren gerechten Forderungen abgebracht werden.

Karasek, Schillhab, Adler & Co.: letzter Ausweg — Lügen

Statt die Forderungen der Soziologiestudenten gegen das Ministerium zu vertreten, vertrat die ÖSU-ÖH wie üblich das Ministerium gegen die Studenten. Dabei scheuten sie nicht vor Geheimverhandlungen mit dem Ministerium zurück - ohne die Soziologiestudenten oder die Studienrichtungsvertretung (STRV) überhaupt zu informieren (geschweige denn um Erlaubnis zu fragen)! Schillhab und Adler, die Vorsitzenden der Fakultätsvertretungen Philosophie und Jus, setzten sich dabei über die Forderungen der Studenten hinweg!

Bei einem "Seminar für Studienrichtungsvertreter" befürworteten angesichts des selbständigen Kampfes der Soziologen sogar ÖSU-STRV eine Resolution, die in allen Punkten den Beschlüssen der Soziologiestudenten entsprach.

Keineswegs stellten sich die ÖSU-Führer daraufhin auf die Seite der Soziologen. Sie sahen ihre letzte Chance in Lügen und Diffamierungen gegen die STRV-Soziologie! Am letzten Hauptausschuß der Uni Wien, unter der Schirmherrschaft des ÖSU-Oberbonzen Karasek, inszenierten sie ein unglaubliches Theater: Um die Resolution vom "Seminar für STRV" wertlos zu machen, um es zumindest den eigenen ÖSU-STRV zu ermöglichen ihre Unterschrift zurückzuziehen und um gegen die Soziologiestudenten und ihre STRV zu hetzen, erklärten sie, daß die Kopie der Resolution eine Fotomontage aus Resolution und Anweseheitsliste wäre! Sie drohten sogar dem STRV Soziologie W.D. mit rechtlichen Folgen!

18 der 27 STRV, die die Resolution unterzeichnet hatten, bezeugen die Unwahrheit der ÖSU-Diffamierungen. Sie unterzeichneten folgende Erklärung (nicht unterzeichnet haben ausschließlich ÖSU-ler bzw ÖSU-Sympathisanten): ↑

<u>Die unterzeichneten Studienrichtungsvertreter geben folgende Erklärung zu den Anschuldigungen im Hauptausschuß der Universität Wien gegenüber der Studienrichtungsvertretung Soziologie und gegenüber dem Studienrichtungsvertreter Wolfgang Dokulil ab:</u>

Wir waren beim "Seminar für Studienrichtungsvertreter" am 13.6.1975 anwesend.
Der Studienrichtungsvertreter für Soziologie/phil. Fak. W.D. berichtete dort über den Kampf der Soziologiestudenten um ihr Recht auf Studienabschluß und forderte die anwesenden Studienrichtungsvertreter zur Unterstützung dieses Kampfes auf. Er las eine Resolution vor, die wir für richtig empfanden und die wir nach wie vor unterstützen.
Es wurde über diese Resolution keine Abstimmung durchgeführt, da das "Seminar ..." kein Gremium war, das als Einheit für irgendetwas repräsentativ wäre.
W.D. hatte nur ein handschriftlich aufgesetztes Exemplar der Resolution zur Verfügung, da - wie er erklärte - die kurz vor Beginn des Seminars im Sekretariat der Hochschülerschaft anwesenden Mandatare der Hochschülerschaft (insbesondere Hannes Taibl) ihm die Benützung einer der beiden freien Schreibmaschinen untersagten, und er sonst keine Möglichkeit hatte die Resolution zu tippen, um sie den Seminarteilnehmern so zur Unterschrift vorzulegen.
Es wurde beschlossen eine Liste durchzugeben, auf der sich alle Studienrichtungsvertreter eintragen, die die verlesene Resolution unterstützen. Es wurde auch eine Anwesenheitsliste durchgegeben, aber wir haben wohl die Anwesenheitsliste von der Liste zur Unterstützung der Resolution unterscheiden können. Folglich haben wir bewußt die Resolution durch die Eintragung in die entsprechende Liste unterstützt.
Wir empfinden das weitere Vorgehen von W.D. als durchaus praktikabel, als er die Resolution tippte, die Liste daruntersetzte und das Ganze vervielfältigte, um die Kopien der Resolution und der Liste derer, die sie unterstützen an die entsprechenden Stellen abzuschicken.
Unsere Eintragung auf der Unterstützungsliste sind zu dem Zweck verwendet worden, zu dem sie von uns auch vorgesehen war: nämlich um unsere Unterstützung des Kampfes der Soziologiestudenten öffentlich kundzutun.
Wenn also im Hauptausschuß der Univ. Wien die Beschuldigung der "Photomontage" und "Unterschriften- bzw. Dokumentenfälschung" erhoben wird, so entspricht das nicht den Tatsachen.
Falls tatsächlich einzelne Studienrichtungsvertreter (wie z.B. Alexander Grohmann - STRV Jus oder Peter Adler - STRV Jus und Volkswirtschaft) sich in der Unterstützungsliste eingetragen haben, obwohl sie den Kampf der Soziologiestudenten nicht unterstützen, dann liegt die Schuld vermutlich bei ihrer Unaufmerksamkeit, aber sicher nicht bei der Studienrichtungsvertretung Soziologie oder bei W.D.

Peter Adler, ÖSU-Mandatar im HA der Uni Wien, Vorsitzender der Fakultätsvertret. Jus und STRV Jus und Volkswirtschaft; Anton Knierzinger, ÖSU-Mandatar im HA der Uni Wien, Fakultätsvertr. Philosophie, STRV Math.und Physik; Trixi Brückner, im Sozialreferat, STRV Psychologie; Alexander Grohmann, Mandatar im HA der Uni Wien und in der Fakultätsvertr.Jus, STRV Jus, Erich Feichtenschlager, STRV Jus Charlotte Wittner: STRV Chemie, Eva Domey, STRV Dolmetsch, Reinhard Lorenz, STRV Publizistik die Rolle von Ingrid Dinstl (STRV Geschichte) ist noch unklar.

KSV gegen Kampf der Soziologiestudenten

Bei der Streikversammlung am 10.6.75 am Soziologischen Institut hat es eine einzige Gegenstimme gegen den Streikbeschluß gegeben. Der Kollegin Morawetz vom KSV war der Kampf um das Recht auf Studienabschluß zu wenig 'demokratisch'. Wenn dieser Studentenverband den Kollegen seine versöhnlerischen 'Alternativ'modelle nicht aufzwingen kann, dann boykottiert er offen den Kampf der Studenten. Mit seinem Vertrauen ins Ministerium blieb der KSV aber allein. In der 'Volksstimme' konnte man lesen, der KSV spricht sich gegen die Repressionsmaßnahmen der Professoren aus, aber auch gegen die Forderungen der Studenten. Wahrlich ein goldener Mittelweg dieser konsequenten Studentenvertreter!

UNI Salzburg

Nach den ÖH-Wahlen ist das Rektorat darangegangen, die Meinungs- und Informationsfreiheit und das Recht auf freie politische Betätigung massiv einzuschränken. Gegen verschiedene Gruppen wurde wegen wilden Plakatierens und Sachbeschädigung (Schadensforderungen über S 100.000,-) Strafanzeige erstattet. Hörsäle werden nicht mehr an Studienrichtungsvertretungen vergeben, nur noch kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen sollen genehmigt werden. Plakate müssen vom Rektorat aufgrund einer schriftlichen (!) Eingabe genehmigt werden, verschiedenen Gruppen (MSO und GRM) wurden Plakate schon zurückgewiesen. Das ist eine Vorzensur reinsten Wassers. Infostände sind generell untersagt. Überhaupt sollen nur noch solche Gruppen das Recht auf politische Information haben, die in der ÖH der UNI Salzburg vertreten sind. Begründet wird das vom Rektor alles mit der Durchführung des UOG.

LETZTE MELDUNG!
Im Musisch-Pädagogischen Realgymnasium Wien 3 verweigert der Direktor dem Sondervertragslehrer Peter Kaizar eine weitere Anstellung. Begründung: zu laxe Unterrichtsmethoden! In einem Offenen Brief an die Eltern heißt es u.a.: "Mittwoch, den 18. Juni, übergaben Schüler dem Direktor eine Unterschriftenliste, mit der sie sich für meinen Weiterverbleib an der Schule einsetzten, da sie meine 'fortschrittliche, unkonventionelle Unterrichtsmethode für geeignet halten, das zu übermittelnde Wissen in interessanter und somit besserer Weise den Schülern näherzubringen'. Der Direktor verweigerte die Annahme und zerriß schließlich die Listen."

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation (MLS); f.d. Inhalt verantwortlich: Herbert Veranic; alle: 1080 Wien, Mölkerg. 3; Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

Klagenfurt:

Vorbestraft und ca.40.000.-Schilling wegen Kritik an Lehrveranstaltung

ANGLISTIKSTUDENTEN SOLIDARISIERT EUCH!

Kollegen und Kolleginnen!

Es ist höchste Zeit, daß wir uns gegen die autoritären und der Vergangenheit angehörenden Unterrichtsmethoden eines Doktor Kropfitsch zur Wehr setzen, wenn wir nicht wollen, daß die spöttische Bezeichnung "Alma mater minimunda" (Alma mater = große Mutter, Bezeichnung für die Universität, minimunda = kleine Welt, Übers. Red.) auf geistiger Ebene zur Realitä wird!!!*

Es liegt nicht in unserem Interesse, durch den total lehrerorientierten Frontalunterricht kreativesArbeiten und selbständiges Denken hintanstellen zu müssen. Genau das aber ist in den englischen Sprachübungen der Fall!

Die englische Sprache ist nicht zu erlernen durch das Hersagen von einzelnen Vokabeln und ihrer Definition auf Abfrage, wie es geschieht. Dabei darf kein eigener Wortschatz verwendet werden, sondern die stur auswendig zu lernenden Formen aus dem ALD.

Es grenzt an einen Skandal, aus einer short story die einzelnen Voka beln herauszupicken oder vorgegebene Fragen wortwörtlich aus dem Buch abschreiben zu lassen. Warum wird nicht die Geschichte als Ganzes genommen, über sie diskutiert, eine Interpretation versucht. Am Beginn geht das sicher sehr langsam, aber wir müssen lernen in englischer Sprache nicht nur flüssig zu reden, sondern auch zu denken. Wo bleibt hier der Anstoß hiezu von Seiten des Lehrers? die bisherigen Methoden entsprechen nicht einmal jenen der Gymnasiumoberstufe!!

Das Verlesen von Noten und Fehleranzahl nach Arbeiten ist diskriminierend und kein geeignetes Mittel, schwächere Studenten zu fördern.Eine trockene Stunde demotiviert! Wozu eine Zusammenfassung einer sowieso schon aufs äußerst gekürzten Inhaltsangabe?

Wir fordern Änderung der Unterrichtsmethode - Diskussion - Möglichkeit zu kreativer Arbeit - Abschaffung des Anwesenheitszwanges - Berücksichtigung studentischer Wünsche - Anwechslungsreiche Unterrichtsinhalte !!!!!!!!

In diesem Flugblatt brachten die beiden Studenten der Klagenfurter Hochschule für Bildungswissenschaften, (HBW), M. und R.Jesenitschnig den Unmut der Studenten über die Zustände in einer Anglistik Übung des Lehrbeauftragten Dr. Kropfitsch zum Ausdruck. Dafür wurden sie am 27.Mai in zweiter Instanz wegen "Verspottung"des Lehrbeauftragten zur Bezahlung von 1.000,- Schilling, sowie der Prozeß- und Anwaltskosten (insgesamt sind es ca. 40.000 S) verurteilt und gelten seither als vorbestraft.

Ursprünglich hatte Dr.Kropfitsch mit einer Klage auf "Ehrenbeleidigung" versucht, die Kritik an seiner Lehrveranstal tungzu kriminalisieren. Als die Anklage unter den Studenten im Herbst bekannt wurde, organisierten sie sich zum Kampf um das Recht auf freie Meinungsäußerung und politische Betätigung und kämpften gegen diesen Versuch der Kriminalisierung von Kritik. Bei der Verhandlung im Herbst bewiesen einige Studenten durch ihre Aussagen vor Gericht, daß die Kritik der angeklagten Kollegen an Kropfitsch Lehrmethoden voll zutreffen. Die organisierte Empörung der Studenten und anderer Hochschulangehörigen und die zum Teil 'liberale' Haltung des Richters bewirkten den Freispruch der Kollegen in erster Instanz.

Dr.Kropfitsch wollte sich mit dieser Niederlage nicht zufrieden geben und er ging im Vertrauen in die bürgerlichen Gerichte in die zweite Instanz. Er fand Sympathie undUnterstützung in den hohen Kreisen der Schulbürokratie, die gegen die "unsolidarische Haltung der Professoren der "HBW"hetzten und der Klagenfurter Lokalpresse (die Volkszeitung: "Linke randal ieren an der Klagenfurter HBW", die Kärntner Tageszeitung :"Heißer Herbst" an der HBW).

Der Richter befand,daß das Flugblatt keine Ehrenbeleidigung beinhalte - denn dafür müßte erneut der Wahrheitsbeweis erbracht werden (und der konnte in der ersten Instanz vom Kläger eben nicht erbracht werden) - sondern eine "Verspottung" sei, bei der kein Wahrheitsbeweis notwendig ist. So wurden die beiden Studenten verurteilt.

Das Urteil konnte deshalb gefällt werden, weil Kropfitsch Unterstützung seitens der hohen Schulbürokratie hatte, und weil die Solidaritätsbewegung der Studenten der HBW nach dem Freispruch in erster Instanz eingeschlafen war. Die Studenten hatten sich noch Illusionen in die Funktion der bürgerlichen Gerichte gemachtß nämlich die, daß es dort um Gerechtigkeit und Wahrheit gehe!

Die Prozeßführung gegen Jesenitschnig zeigt ganz deutlich, daß das Gericht Gesetze nur im Interesse der Herrschenden auslegt. Wenn es z.B. im Allgemeinen Hochschulstudiengesetz heißt : "Die Studierenden sollen befähigt werden, in kritischem Denken und selbständigen Handeln ihr künftigen beruflichen Aufgaben im steten Zusammenhang mit der Wissenschaft zu erfüllen,".. so fand der Richter eben, daß man "in Übungen nicht über Methoden diskutieren muß", daß "für wissenschaftliche Diskussionen Anfänger nicht geeignet seien".

Der Fall Jesenitschnig mag in gewisser Weise eine Spezialität darstellen, dennoch passt er genau in das Gesamtbild der gegenwärtigen Entwicklung auf den österreichischen Hochschulen: Auf der einen Seite eine zunehmende Zahl von Studenten, die aufgrund der wachsenden Unruhe in allen Bereichen der Gesellschaft, der steigenden materiellen Bedrängnis, des sich verschärfenden Hochschulbetriebes und der immer augenscheinlicher werdenen Untauglichkeit der offiziellen Wissenschaft, in Konflikt mit den herrschenden Verhältnissen geraten - auf der anderen Seite die verstärkten Bemühungen des Staates und der HS-Bürokratie, mittels Gesetzen und Verordnungen den "gehörigen Respekt" vor den Tempeln ihrer Ideologien wiederherzustellen und den Blick der Studenten über ihre Universitätstore hinaus zu verhindern. Diese Bemühungen können zeitweilig Erfolge erzielen, auf die Dauer jedoch sind sei ein fruchtloses Unterfangen.

Das beweist sich in Klagenfurt: Kurz nach Bekanntwerden des Urteils organisierte die Hochschülerschaft einen Vorlesungsstreik und bis jetzt wurden 9oo Unterschriften für die Aufgebung des Urteils gesammelt. Diese Aktivitäten haben die betroffenen Beamten und Schreiberlinge gehörig in Verwirrung gestürzt. Die Klagenfurter Zeitungen fordern Hartbleiben, Sinowatz hingegen mußte - von Studenten zur Rede gestellt - versprechen, sich für die Aufhebung des Urteils einzusetzen. Möglich ist dies nur, wenn Justizminister Broda dem Generalprokurator (dem höchsten Staatsanwalt) die Anweisung gibt, das Urteil beim Obersten Gerichtshof anzufechten, da eine Berufung nicht möglich ist. Um den entsprechenden Druck auszuüben, veranstalteten am Dienstag, den 1o.6. ca. 4oo Menschen in Klagenfurt eine Demonstration mit abschließender Kundgebung. Der Richter, der das Urteil gefällt hatte, wollte anfänglich der Forderung nach öffentlicher Stellungnahme nachkommen, ließ sich aber von der STAPO eines Besseren belehren.

Unterstützen wir die Forderungen des Solidaritätskomitees "Jesenitschnig":

-AUFHEBUNG DES URTEILS GEGEN M. UND R. JESENITSCHNIG!
-RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG UND POLITISCHE BETÄTIGUNG IN AUSBILDUNG UND BERUF!

SCHREIBEN WIR UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNGEN an das Solidaritätskomitee "JESENITSCHNIG" Hochschule für Bildungswissenschaften, 9o2o Klagenfurt.

Leserbrief

Ausbeutung an der Angewandten

Meine Erwartungen von der Modeklasse waren klar. Ich wollte zeichnen (Entwurf, Naturstudien, Schnittzeichnen) lernen. Außerdem wußte ich, daß wir manuelle Arbeit (Stricken, Nähen, Sticken etc.) in der Meisterklasse machen würden. Die ersten Worte die Herr Adlmüller (Herr Adlmüller leitet eine Meisterklasse an der Akademie für angewandte Kunst, die Red.)an mich richtete, waren: "Was ist ihr Vater von Beruf?" Nun frage ich Euch: "Hängt die Aufnahme der Studenten vom Status der Eltern ab?" Im ersten Semester sah ich Prof.Adlmüller sehr wenig, wenn er einmal auftauchte, benahm er sich sehr gebieterisch. Die Assistentinnen unserer Abteilung bekräftigen sein Auftreten dadurch, daß sie sich extrem devot ihm gegenüber verhalten. Das geht sogar soweit, daß sich eine Assistentin entschuldigt, nicht seiner Meinung zu sein.

FORTSETZUNG VON SEITE 5

Kurz vor Semesterende mußten wir innerhalb einer Woche 3o Entwürfe zeichnen, von denen Prof. Adlmüller einige für seine Modenschau aussuchte. Lagerndes Material wurde uns zur Verfügung gestellt. Es wurden sogar Leinenstoffe aus Frankreich und Wolle aus der SChweiz importiert, die Farben wurden von Herrn Adlmüller ausgesucht. Dann kamen professionelle Mannequins zur Probe. Dazu möchte ich sagen, daß Prof. Adlmüller nur anwesend war, wenn probiert wurde. Je näher der Termin der Modenschau heranrückte, desto hektischer wurden die Assistentinnen. Den Studenten wurde sogar vorgeschlagen, die Vorlesungen nicht zu besuchen. Dabei wurde die kostbare Zeit mit unrationeller Arbeit vertan. War man ein oder zwei Tage nicht in der Werkstatt, wurde dies dem Professor gemeldet. Daraufhin sagte er, jeder sei für seine Modelle selbst verantwortlich, anderenfalls würde das Semes ter gestrichen werden. Zu erwähnen wäre, daß einige Studenten nur ein, während andere mehrere Modelle zu nähen hatten. Die Zweitgenannten haben auch des öfteren zu Hause die ganze Nacht durchgearbeitet. Außerdem wurde auch an schulfreien Tagen in der Schule gearbeitet. Nun möchte ich auf die Kosten der Modenschau aufmerksam machen. Sie kostete 2oo.ooo,-S! Die Schule hat unserer Abteilung das Geld einstweilen zur Verfügung gestellt. Nun hofft man durch den Verkauf der Modelle (wobei wir Studenten keinen Schilling davon bekommen, auch die Assistentinnen bekommen für ihre Überstunden nichts bezahlt) an irgendwelche Mitglieder der bürgerlichen Klasse, die sich das leisten können, den Betrag wieder hereinzubekommen.

Fazit: Wir Studenten werden von der Schule ausgebeutet - das Prestige des Prof. Adlmüller wird dadurch gehoben!

N.N. (Name der Red.bekannt)

2 Monate unbedingt für Teilnahme an Demonstration gegen NC für Ausländer

Am 9.6.1975 wurde der Genosse Glaser nach einer Anklage vom Staatsanwalt für 2 Stapo Leute, für schuldig befunden, einen Mann von der Stapo tätlich verletzt und den anderen mit Worten bedroht zu haben, und zu S 6000,- oder 2 Monaten unbedingt ! verurteilt.

Die Klage der Stapo-Leute lautete so:

Der erste, Rettenbacher, gab an, er sei während der Demonstration gegen den NC für Ausländer vor dem Rektorat von den anstürmenden Studentenmassen von der Rektoratstür weggezerrt und unter Hieben abgedrängt worden. Ein verdientes Schicksal für einen, der die Studenten mit physischer Gewalt davon abhalten will, sich ihr Recht zu nehmen, nämlich ins Rektorat hineinzugehen und öffentliche Rechenschaft von Minister Firnberg zu verlangen, nachdem diese sich der Öffentlichkeit entzogen und sich dort versteckt hatte.

Dr.Glaser, der weiter hinten stand, sollte den Stapo Rettenbacher jedoch - laut dessen Anklage - nochmals gepackt, zurückgerissen und unter lauter wüsten Beschimpfungen mehrmals in den Unterleib getreten und mit den Fäusten bearbeitet haben. Die Umstehenden jedoch, von denen vier bei Gericht als Zeugen aussag ten, hatten jedoch weder lautes Fluchen, noch eine Schlägerei beobachten können, sondern im Gegenteil aus unmittelbarer Nähe gesehen, daß Dr.Glaser nichts anderes als alle anderen getan hat, nämlich diesen Provokateur aus der Menge abzudrängen, ohne Fäuste, Ellbogen, Füße oder die Knie zu benützen oder zu schreien. 4 eindeutige Aussagen -Eine Anklage eines Stapo-Menschen, die sich auf keinerlei Zeugen stützen kann.

Der zweite, Dr.Koberger, ebenfalls von der Stapo, hatte sich am selben Tag in der Nacht um ungefähr 2-3Uhr früh vor dem von Studenten besetzten Audi max befunden.

Er behauptete, Dr. Glaser hätte ihn bedroht, indem er ihm inmitten eines Kreises von diskutierenden Studenten zugeflüstert habe, es sei besser, er würde gehen, denn im Dunkeln könnte ihm sehr leicht etwas geschehen. Auch hier stellten vier Zeugen fest, daß das alles reine Erfindungen des Herrn Koberger sind. Wieder 4 Zeugen - eine Stapo-Anklage, die sich auf keine Zeugen stützen kann-

Das Urteil? Glaser wird für schuldig befunden, und zu 6000 S oder 2 Monaten unbedingt verurteilt!

Der Richter begründete das damit, daß die 4 Zeugen subjektiv zwar recht haben mögen, er überdies überzeugt sei, Dr.Glaser könne noch mehr Zeugen bringen, gleichzeitig könne er sich aber nicht vorstellen, daß die Beamten, also die Stapo, Grund zum Lügen habe, schließlich seien sie vom Vorfall direkt betroffen. Die Aussagen der Beamten hätten daher mehr Gewicht und wenn Dr.Glaser glaube, die Stapo-Leute hätten es auf ihn abgesehen, so messe er sich zuviel Bedeutung bei!

Glaser legte natürlich Berufung ein. Eines zeigt die Verhandlung deutlich: Recht haben immer die Polizisten, was objektiv ist, bestimmt die Bourgeoisie, die Justiz ist eine Klassenjustiz.

ÖSU-ÖH: Fällt den Studenten in den Rücken und sabotiert ihre politische Willensbildung

In der ersten Sitzung des neuen Hauptausschusses der UNI Wien sind einige Fragen zur Sprache gekommen, die für die Studentenschaft gegenwärtig von größter Bedeutung sind:

- Die Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit und die Unterdrückung der freien politischen Betätigung an den Hochschulen, die gegenwärtig von den Hochschulbehörden und dem Staat in ganz Österreich stark forciert werden.
- Der Fall zweier Lehrer in Wien, die aus politischen Gründen von der Schule entfernt werden sollen,und zwar, weil sie versucht haben, den Unterricht in Zusammenarbeit mit den Schülern und Eltern zu gestalten und den Schülern erlaubt haben, eine andere Meinung als die des Lehrers zum Lehrstoff zu äußern.
- Der Streik und die Institutsbesetzung der Soziologiestudenten, die dafür kämpfen, das Studium abschließen zu können ohne sich der neuen Studienordnung des Ministeriums zu unterwerfen, die wegen der in ihr vorgesehenen Verschlechterung der Studienbedingungen und Reglementierung des Studiums für sie inakzeptabel ist.

In all diesen Fragen hat sich schon in der ersten Sitzung des Hauptausschusses gezeigt, daß die ÖSU-Mehrheit, die die entscheidenden ÖH-Gremien (HA,Phil.Fak., Jur.Fak.,Med. Fak.,) trägt, die Kämpfe und Bewegungen der Studenten sabotiert, ihren Forderungen, und seien sie auch von einer großen Mehrheit der jeweils Betroffenen beschlossen, die konsequente Unterstützung versagt und eine breite und offene politische Willensbildung in wesentlichen allgemeinpolitischen Fragen zu verhindern trachtet. Der VSStö sieht sein Geschäft darin, sich woimmer das möglich ist, mit der ÖSU zusammenzupackeln, unter Verzicht auf die Unterstützung der wesentlichen Forderungen der Studenten.

So kamen über den Fall Jesenitschnig in Klagenfurt und die massive Einschränkung der freien politischen Betätigung durch das Rektorat der UNI Salzburg zwar Resolutionen zustande, aber Resolutionen mit äußerst verwaschenem Charakter, die in den wesentlichen Fragen den Studenten die Unterstützung verwehren. Im Fall Jesenitschnig wurde von ÖSU und VSStö die Forderung nach "Aufhebung des Urteils", die von der großen Mehrheit der Klagenfurter Studenten erhoben wird, ersetzt durch die Forderung nach "Überprüfung des Urteils", als ob es für die Studenten an diesem Urteil noch etwas zu überprüfen gäbe.

In Bezug auf Salzburg hat sich die ÖSU geweigert, gegen die Strafanzeigen des Rektorats gegen verschieden Gruppen wegen unerlaubten Plakatierens, Sachbeschädigung usw. zu protestieren, da sie erst überprüfen will, ob diese Anzeigen nicht gerechtfertigt sind. Der VSStö ist prompt darauf eingegangen.

In Bezug auf die Soziologiestudenten hat sich die ÖSU nicht nur geweigert, ihre Forderungen und Kampfmaßnahmen zu unterstützen, sie hat die Politik der Studienrichtungsvertretung, die sich in ihrem Vorgehen auf die Beschlüsse der Soziologiestudenten stützt, offen angegriffen und eine Resolution durchgepeitscht, die darauf hinausläuft, über die Köpfe der Soziologiestudenten und ihrer STRV hinweg und entgegen ihren Beschlüssen "Lösungen" mit dem Ministerium anzustreben: Schon jetzt hat Schilhab (Vorsitzender der Phil.Fak.,ÖSU) ohne jegliches Wissen der Soziologiestudenten mit dem Ministerium über einen Abschluß mittels Studium irregulare verhandelt, der die Studenten individuell der neuen Studienordnung unterwirft und die Kampffront spaltet.

Den beiden Lehrern hat die ÖSU mit der fadenscheinigen Begründung, sich erst informieren zu müssen jede Unterstützung versagt und sie hat sich bisher auch geweigert, über diese Frage eine Hörerversammlung einzuberufen, obwohl natürlich gerade die Maßregelung und Entlassung von

FORTSETZUNG AUF SEITE 7

Rektor Korninger unterstützt den persischen Geheimdienst (SAVAK)

"In einer Lehrveranstaltung zur Dritten Welt wurde die Politikwissenschaft-Studenten von persischen Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß ein Angehöriger der Presseabteilung der persischen Botschaft (die nach gutinformierten Quellen das Zentrum der Aktivitäten des persischen Geheimdienstes in Österreich ist) in Wahrnehmung seiner Dienste diese Lehrveranstaltung besucht, um nämlich fortschrittliche persische Kollegen bei Referaten und in der Diskussion zu bespitzeln (das Thema 'Persien' ist Teil des Proseminars). Er heißt Baloutsch, ist Beamter der Spezialabteilung in der persischen Botschaft in Österreich und Agent der SAVAK.

Bekanntlich ist in den letzten Jahren auf Grund von Spitzelberichten wiederholt persischen Kollegen der Pass nicht mehr verlängert und dadurch die Aufenthaltsgenehmigung in Österreich entzogen worden. (So erfuhren einige Kollegen, die in die Botschaft vorgeladen wurden, interne Details aus den persischen Studentengruppen: "Du bist zwar dabei, redest aber nicht viel".) Was das für die persischen Kollegen bedeuten kann, geht aus dem Bericht des italienischen Juristen Canaglieri hervor, der die Methoden beschrieb, die der SAVAK gegenüber seinen Opfern, also meist persische Oppositionelle, anwendet: Zähne einschlagen, Knochen zerbrechen, mit Stahlruten bis zur Bewußtlosigkeit auspeitschen, an den Füssen aufhängen, elektrische Drähte an Ohren und anderen Körperöffnungen einführen, auf glühende Eisenplatten setzen, Glasflaschen in den Darm einführen und zerbrechen, usw.

Nachdem aus diesen Gründen in der Lehrveranstaltung die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung und Diskussion nicht mehr gegeben war, beschlossen die ca. 5o Hörer mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung eine Resolution, die den sofortigen Ausschluß des SAVAK-Agenten vom Universitätsbetrieb forderte. (Daß sich Prof. Schneider weigerte diese Resolution in der Lehrveranstaltung abstimmen zu lassen, sei nur am Rande vermerkt.)
Als die STRV diese Resolution Rektor Korninger vorlegte, zeigte sich die Komplizenschaft der Universitätsbürokratie mit der SAVAK ganz klar: er sei unter keinen Umständen bereit, den Forderungen der Proseminar-Teilnehmer nachzukommen. Auch wenn z.B. ein Agent und Spitzel als solcher von einem Gericht verurteilt würde, auch wenn es erwiesen wäre, daß die Tätigkeit eines Spitzels zu persönlichen Folgen (bis zur Hinrichtung) für einen persischen Kollegen führt, würde er, Korninger, ihn nicht vom Hochschulbetrieb ausschließen."

"Dafür kündigte Herr Korninger jedoch den Einsatz von Polizei gegen die Kollegen des Proseminars an sowie eine persönliche polizeiliche Verfolgung derer, die für die Aktion gegen den Spitzel "verantwortlich" sind (die alte "Rädelsführer"-Theorie!)

SCHNEIDER SETZT DIE STUDENTEN UNTER DRUCK

Auch Prof. Schneider stellte sich voll und ganz hinter den Agenten. Nachdem diesem nämlich die Sache zu mulmig geworden war (ein enttarnter Agent ist ja wertlos), bot er Schneider an, der zu den bedrohten persischen Kollegen zynisch gemeint hatte, sie könnten ja zuhause bleiben und dort eine Arbeit schreiben, stärkte dem Spitzel den Rücken und forderte ihn auf, sich nicht abzuseilen. Dafür erklärte er den Studenten, daß er vom Rektor ermächtigt wäre, die Lehrveranstaltung jederzeit abzubrechen, wenn das vorgesehene Programm nicht durchgeführt wird (also auch dann, wenn bloß diskutiert wird!!), und daß es dann wahrscheinlich keine Zeugnisse für die Mehrzahl der Kollegen (die in Arbeitsgruppen gearbeitet hatten und die Ergebnisse erst am Ende des Semesters vorlegen sollten) geben würde."

(aus einem Flugblatt der STRV Politikwissenschaft)

FORTSETZUNG VON SEITE 6

Lehrern aus politischen Gründen für die Studenten eine Frage von größter Bedeutung ist.

In all diesen Beispielen zeigt sich die Taktik der ÖSU: sich in Worten undPhrasen zu den Rechten und Forderungen der Studenten zu bekennen, überall dort aber, wo die Studenten konsequent gegen die Einschränkung ihres politischen Bewegungsraumes und die Verschlechterung der Studienbedingungen eintreten und sich dabei auch durch die Erpressung und Unterdrückungsmaßnahmen der Hochschulbehörden und des Staates nicht abschrekken lassen, den Studenten jede Unterstützung zu versagen und ihnen in den Rükken zu fallen. In all diesen Fragen zeigt sich ihre staatstreue Gesinnung, zeigt sich, daß sie die Politik des bürgerlichen Staates gegenüber den Studenten in allen wesentlichen Fragen unterstützt, und daß ihr der Geist der Auflehnung gegen die Zwangs- und Unterdrückungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates und seiner Hoheitsträger in jeder Hinsicht zuwider ist.

Sie kann sich dabei in ihrer Politik darauf stützen, daß Illusionen in diesen Staat und das Vertrauen, verschiedene Übelstände und Ungerechtgkeiten gerade durch Reformen über diesen Staat zu beseitigen, unter den Studenten noch weit verbreitet sind; und die Stimmengewinne bei den ÖH-Wahlen haben ihr einen Auftrieb gegeben. Zugleich fürchtet sie jedoch eine offene und breite politische Willensbildung unter den Studenten wie der Teufel das Weihwasser, und versucht eine breite Erörterung von gerecht und ungerecht, richtig und falsch sowohl in allgemeinpolitischen Fragen als auch über Probleme der Studenten mit allen Mitteln zu verhindern.
Zeigt sich doch in allen diesen Fällen deutlich, wie die staatlichen Organe gegen Menschen vorgehen, die nicht bereit sind, sich den Bedingungen der bürgerlichen Ordnung zu unterwerfen, auf welcher Seite "Recht"und Justiz stehen.

Als Verteidiger des privaten Eigentums und der Interessen der Kapitalisten, die sich auf Ausbeutung der Arbeiter gründen, tritt dieser Staat auch den Studenten gegenüber, wenn er durch Zwangsmaßnahmen die Kritik an der bürgerlichen Ausbildung unterbinden läßt, die politische Diskussion in den Hochschulen verbietet oder den Studenten aus armen Familien die Stipendien kürzt. In all diesen Fragen können sich die Studenten auf die ÖSU-beherrschte ÖH nicht verlassen, da diese in ihrer ganzen Politik von der Verteidigung des privaten Eigentums und der "rechtsstaatlichen Ordnung" ausgeht. Sie können sich nur auf ihre eigenen Kräfte stützen und müssen in allen wichtigen Fragen und Belangen auf Hörerversammlungen usw.klare Beschlüsse fassen und ihre Vertreter und die ÖH-Organe an klare Aufträge binden.

H.V. 18.6.75

Der bürgerliche Lumpenjournalismus

Wie der Befreiungskampf der indochinesischen Völker in den bürgerlichen Massenblättern dargestellt wurde

Die mit Abstand auflagenstärkste Zeitung in Österreich ist die "Kronen-Zeitung". Diese ist gegenwärtig gemeinsam mit dem Kurier das Blatt, auf das die Massen angewiesen sind, wenn sie sich Informationen über das Tagesgeschehen holen wollen. Die Darstellung des Geschehens in diesen Blättern beeinflusst damit die Gehirne der Werktätigen in grossem Masse; es sind die entscheidenden Organe, mittels denen die Bourgeoisie ein verfälschtes Bild von den Vorgängen in der Welt erzeugt. Es sind gemeinsam mit dem ORF die Organe, mittels denen die bürgerliche Klasse die geistige Abhängigkeit der Massen von ihren Ideen aufrechterhält und systematisch das Gefühl der Ohnmacht gegenüber Ausbeutung und Unterdrückung erzeugt.

Das Bild, das die Kronen-Zeitung von der Entwicklung in Indochina zeichnete, ist ein gutes Beispiel für die Praktiken der bürgerlichen Journaille und zeigt deutlich, wie notwendig es ist, dass alle fortschrittlichen Menschen überall massiv die Wahrheit über den Kampf der Völker verbreiten.

DAS PARISER ABKOMMEN UND DIE "NORDVIETNAMESISCHE OFFENSIVE"

Über das Pariser Abkommen wurde systematisch ein falsches Bild verbreitet. *"Die Führungsmacht des Westens sieht mittlerweile zu, wie 25 nordvietnamesische Divisionen das Pariser Vietnamabkommen Kissingers niedertrampeln und zur Eroberung*

FORTSETZUNG AUF SEITE 8

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Südvietnams ausholen..." (Kronenzeitung, 1.4.). Auf der einen Seite die "Nordvietnamesen" (das Wort "Vietcong" kommt während der ganzen Berichterstattung fast nicht vor), auf der anderen die USA und die USA sind im Recht, mit ihnen muss man Mitleid haben: *"Aber was soll Ford sagen.... Ford hat den Trümmerhaufen nur geerbt. Zuerst war das nur nicht so offensichtlich. Denn der Vietnam-Waffenstillstand wurde immerhin unter Nixon geschlossen. Und auf Nixon bauten die 'Falken'..."* (Kronenzeitung, 5.4.).

Thieu selbst hat anlässlich seines Rücktrittes eine Fernsehrede gehalten, aus der eindeutig hervorgeht, dass er das Pariser Abkommen von Anfang an als Fetzen Papier behandelt hat, dass er sich bewusst war, dass der Inhalt des Abkommens einen Sieg der Völker und eine Niederlage der USA und ihrer Marionetten bedeutete. *"Kissinger habe ihn gezwungen, das Abkommen zu unterzeichnen. Thieu warf Kissinger vor, die Präsenz nordvietnamesischer Truppen in Südvietnam akzeptiert zu haben, obwohl er, Thieu, auf ihrem Abzug bestanden habe. Die anderen Punkte seien die Anerkennung des Vietcong als Regierung und die Forderung nach Schaffung eines 'Rates der nationalen Versöhnung und Eintracht' aus Vertretern der Saigoner Regierung, der Vietcong und einer 'dritten Gruppe'"* (Süddeutsche Zeitung, 22.4.). Laut AZ vom 22.4. sagte Thieu wörtlich: *Jeder hat die Gefahr des Abkommens erkannt nur Kissinger nicht. Ich sagte damals, dass wir kämpfen müssen. Wenn es eine Koalition gibt, dann kann sich Südvietnam nicht behaupten."* Am gleichen Tag schreibt die Kronen-Zeitung, dass von *"politischen Beobachtern.... darauf verwiesen (wird), dass sich die Kommunisten auch an den von Kissinger ausgehandelten Pariser Vertrag nicht gehalten haben. Jedes weitere Abkommen wäre ebenfalls nur ein Fetzen Papier."*

Der faschistische Verbrecher Thieu, der sein Land systematisch an die Imperialisten verkauft hat, der die Verwirklichung des Pariser Abkommens vorsätzlich und systematisch verhindert hat und seine alleinige Veröffentlichung in den Gebieten der Saigoner Administration mit dem Tode bestraft hat, wird "objektiv" dargestellt: *"Der südvietnamesische Präsident Van Thieu, der sein Land während der Frühjahrsoffensive in die Hände seiner Gegner fallen liess, wurde von seinen wenigen Freunden als einer der besten Politiker der Welt bezeichnet. Der weite Kreis seiner Gegner jedoch sah in ihm nur einen rücksichtslosen Diktator oder eine Marionette der Amerikaner"* (Kronen-Zeitung, 22.4.).

Während der ganzen Periode vom 1.4. bis 3o.4. schreibt die Kronen-Zeitung ausschließlich von den "Nordvietnamesen". Kein einziges Mal ist die Rede von den Volksaufständen, von den dauernden Rebellionen von Teilen der Thieu-Armee. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht eine Meldung vom 1o.4.: *Alamierende Meldungen fing der südvietnamesische Geheimdienst auf: Die Nordvietnamesen fliegen neue Truppen bis vor die Tore Saigons! Nordvietnamesische Transportmaschinen landen auf den Flugplätzen,.... die unzerstört in die Hände der Kommunisten fielen."* Die "Süddeutsche Zeitung" schreibt am gleichen Tag: *"Zum ersten Mal, seit nordvietnamesische Truppen im Süden operieren, habe Hanoi in den vergangenen Tagen Flugzeuge in die besetzten Gebiete geschickt, teilte ein Sprecher des amerikanischen Verteidigungsministeriums mit."*



Denkmalsturz

Szenen aus Saigon

nach der Machtübernahme durch die Nordvietnamesen photographierten die SPIEGEL-Redakteure Börries Gallasch und Tiziano Terzani. Sie waren dabei, als die neuen Machthaber das allzu kolossale Denkmal des Unbekannten Soldaten, das jahrelang das Saigoner Zentrum zum Ruhm einer ruhmlosen Armee verunziert hatte vom Sockel stießen.

Nach wie vor führt die bürgerliche Presse Krieg gegen den Befreiungskampf und schließlichen Sieg des vietnamesischen Volkes. Ihr Mittel: die Lüge. Links die Meldung im "Spiegel" über die Sprengung des Denkmals, das die Saigoner-Marionettenregierung zum eigenen Ruhm hatte bauen lassen. Rechts die Fälschung im "Höchster Kreisblatt" vom 23.5., einer Regionalausgabe der "Frankfurter Neuen Presse", der drittgrößten Frankfurter Tageszeitung.



Gleich nach der Eroberung Saigons ließen die neuen Machthaber in der City der Stadt dieses Siegesdenkmal errichten. Die Aufnahme wurde jetzt von einem skandinavischen Journalisten mitgebracht. Die Arbeiter am Fuß des Denkmals und der fahnenschwenkende Mann auf dem Kopf der Figur machen die Größe der Skulptur deutlich. upi-Bild

Der Aufschwung der Volkskämpfe in Laos wird in der Kronen-Zeitung folgendermassen geschildert: *"Nun geht es auch in Laos los... die nordvietnamesische Grossoffensive überrollt ganz Indochina..."* (19.4.). *"Panzereinheiten des kommunistischen Pathet Lao und Nordvietnams rollten gestern Mittwoch gegen die laotische Königshauptstadt Luang Prabang. Der Vormarsch begann am Montag. Die laotischen Truppen sind nicht in der Lage, hinreichend Widerstand zu leisten."* (8.5.) Das gleiche Ereignis im Leitartikel der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 14.5.: *Eine kleine Pathet Lao-Einheit ..... stiess seit Mitte April auf der Strasse 7 von der Hochebene der Tonkrüge westwärts gegen den wichtigen Knotenpunkt Sala Khou Phoun vor, der auf der Nationalstrasse 13 zwischen Luang Prabang und Vientiane liegt. Um den Ort kam es zu etlichen Scharmützeln, bei denen Verteidigungsminister Sisouk (der in den Tagen darauf aufgrund von mächtigen Demonstrationen gestürzt wurde; L.L.) sehr rasch zu Bombenangriffen einsetzte. Auf der kommunistischen Seite kamen etwa 1o Panzer zum Einsatz. Als Sala Phou Khoun schliesslich von den Pathet Lao-Einheiten übernommen wurde, rollten vier stählerne Ungetüme auf der Strasse 13 nach Norden und sechs nach Süden. Die königliche Armee hatte jeden Kampfgeist verloren, und ohne viel Waffengebrauch rückte der Pathet Lao rasch südwärts vor, besetzte kampflos den Ort Muong Kassy und erschien vor Vang Vieng."* So ist es also um die "Panzereinheiten des Pathet Lao und Nordvietnams" der Kronen-Zeitung bestellt.

Am 15.4. doziert der Kommentator E. Trost ("Was dahinter steckt") noch einmal über das Pariser Abkommen und die Stellung der DRV dazu: *"....dozieren Sprecher Nordvietnams und des Vietcong über die jüngsten Siege, die nur der Verteidigung des Pariser Abkommens dienten. Diese vom tatsächlichen Geschehen meist als Farce entlarvte 'Rechtlichkeit' scheint auch das Verhalten der Kommunisten in den eroberten oder wie sie es nennen 'befreiten' Gebieten zu bestimmen.... Vorläufig, und das besagen auch die offiziellen Verlautbarungen Radio Hanois, soll zumindest die Fiktion eines selbständigen Südvietnam - wie es das Pariser Abkommen verlangt - aufrechterhalten bleiben."*

DAS ELEND DER FLÜCHTLINGE WIRD ZUR HETZE GEGEN DEN VOLKSKRIEG BENUTZT

Während der Tage vom 1.4. bis 5.4. war die Berichterstattung geprägt von der "Empörung" und dem "Mitleid" mit den Flüchtlingen, die vor den Kampfhandlungen, vor allem aber vor den Bombardierungen der Thieu-Armee flohen: *"Chaos, Panik, Elend und Angst vor einem Massaker erinnern an die Situation bei uns in den letzten Kriegstagen 1945. Die Tragödie der 2 Millionen Flüchtlinge in Südvietnam zählt zu den grauenvollsten seit dem Massenexodus aus den Ostgebieten 1945"* (Kronen-Zeitung 2.4.). Bereits am 21.3. hat die "Presse" erklärt, woher das Elend und das "Chaos" kommt: *"Die Saigoner Regierung hat eine 'Politik der verbrannten Erde' eingeleitet. Alle aufgegebenen Städte wurden nach entsprechenden Warnungen an die Zivilbevölkerung durch Luftwaffe und Artillerie in Schutt und Asche gelegt."* Weinende Kinder und verzweifelte Mütter aus Vietnam, am besten gemeinsam mit dem "liebevollen Familienvater" Ford erscheinen auf den Titelsei-

ten, nachdem jahrelang keine Rede war von dem Elend und der Vernichtung, das die USA und ihre Gehilfen in der Thieu-Administration über das vietnamesische Volk gebracht haben, Bombardierungen der befreiten Gebiete, Bombenteppiche auf die grössten Städte der DRV, Zerstörung der Vegetation in den befreiten Gebieten, brutalste Unterdrückung und hunderttausende politische Gefangene in den Thieu-Gebieten, Entvölkerung ganzer Regionen und Zusammenpferchung dieser Menschen in "Wehrdörfern" zum "Schutz" vor Kontakten mit der Befreiungsfront usw. Sobald ein Volk sich erhebt gegen diese Zustände und dabei Siege erringt, versuchen die bürgerlichen Hetzblätter plötzlich ein Geschäft zu machen mit dem Elend und es dem Volk in die Schuhe zu schieben.

Sie haben nicht einmal davor zurückgeschreckt, den Export von Waisenkindern zu unterstützen und für ihre Propaganda auszunutzen, von dem die Waisenhäuser, aus denen die Kinder kamen, in einer Protestnote an die UNO schreiben: *"In der Geschichte der Kriege in der Welt haben Menschen viele Lasten und Verschwörungen benutzt, um an ihr Ziel zu gelangen, aber es hat niemals diese Art von Waisenexport gegeben, den die USA jetzt ausnutzen."* (Zit. nach Süddeutsche Zeitung, 8. 4.) Davon war in der Kronen-Zeitung nicht die Rede, sondern es wurde gleich auch noch gegen das amerikanische Volk gehetzt, das "die Kinder nicht will", "mehr seine eigenen Schwierigkeiten im Kopf hat", usw.

"MASSAKER" IN KAMBODSCHA UND DIE "EVAKUIERUNG PHOM PENHS"

Um den 10.5. ist die Meldung durch die Weltpresse gegangen, dass ein französischer Arzt Augenzeuge von Hinrichtungen in Kambodscha gewesen sei. Hier haben sich vor allem die SP-AZ und der ORF hervorgetan. Unter der Schlagzeile *"In Kambodscha ist die Hölle los"*, berufen sie sich auf Berichte eines US-Piloten, dem *"schon vorher der Alkohol die Zunge... lockerte"* und melden dann: *"Der französische Chirurg Bernard Piquart hat in einem TV-Interview erklärt, dass Sirik Matak sowie der Regierungschef Lon Nols, Long Boret, im Sportklub der Stadt hingerichtet worden sei. Ausserdem habe er am Marktplatz der Stadt die Leichen von 300 Menschen mit durchschnittenen Kehlen gesehen. Etliche Französinnen seinen vom Roten Khmer vergewaltigt worden"* (AZ, 10.5.). Ausser den "Vergewaltigungen" hatte die Süddeutsche Zeitung am gleichen Tag auf der Titelseite dasselbe berichtet, am 12.5. liest man dann weiter hinten unter der Überschrift *"Französischer Arzt dementiert Fernsehbericht über Hinrichtungen": "Piquart ... versicherte: 'Niemand kann sagen, was mit den beiden Männern geschehen ist. Der Fernsehbericht ist total falsch'... Ein Reporter des französischen Senders France-Inter sagte, in Kambodscha herrsche keine blutige Revolution. 'Niemand hat Massaker beobachtet. Franzosen haben den Marktplatz täglich überquert, und keiner hat Leichen mit aufgeschlitzten Kehlen gefunden.'"* (Süddeutsche Zeitung, 12.5.). Ein ARD-Reporter berichtet laut Spiegel 20/1975: *"Auch wir haben von den Gerüchten gehört. Ich bin zweimal an den Ort von angeblichen Exekutionen gefahren, habe aber weder Zeugen noch Spuren gefunden. Ein solches Vorgehen würde auch völlig dem von uns erfahrenen Stil der Roten Khmer widersprechen."* In der AZ habe ich vergeblich nach einem Dementi gesucht.

Der nächste Schritt dieser Lumpenjournalisten war die unbeschreibliche "Empörung" über die "Evakuierung von Phom Penh". Mehr als 2 Millionen Einwohner hatte die Stadt zuletzt. Mehr als drei Viertel von ihnen sind Bauern, die vor den amerikanischen Bomben und der Artillerie der Marionettenarmee in die Stadt geflohen waren, Opfer der sogenannten "Urbanisierungsstrategie", das heisst, der Entvölkerung ganzer Regionen. Einmal in der Stadt, wurden sie von amerikanischen Reislieferungen mehr schlecht als recht am Leben erhalten und als Soldaten in die Marionettenarmee gezwungen. Nach der Niederlage der USA wäre diese künstlich produzierte Stadtbevölkerung in einem Land, das insgesamt nur 8 Millionen Einwohner hat und dessen Landwirtschaft zu einem beträchtlichen Teil zerstört ist, dem sicheren Hungertod ausgesetzt, wenn sie nicht sofort an den Wiederaufbau ihrer Dörfer und die Bestellung ihrer Äcker zurückkehrt. Für Massaker bleibt da keine Zeit, die ehemaligen Marionetten müssen arbeiten, um sich ihren Reis zu verdienen. *"Alle Offiziere vom Hauptmann aufwärts sind zu dreijähriger Landarbeit verpflichtet worden. Auch buddhistische Mönche in ihren gelben Roben wurden bei der Feldarbeit gesehen - ein für Südostasien völlig ungewohntes Bild."* (Die Welt, 9.5.).

DIE MASSENBLÄTTER - HETZBLÄTTER GEGEN DAS VOLK

Man sieht, die bürgerlichen Massenblätter müssen sich der Methoden der Lüge, der Täuschung, der Verdrehung und Irreführung durch Darstellung von Halbwahrheiten usw. bedienen, um unter den Massen jede Sympathie mit dem Sieg der Völker Indochinas und der Niederlage der Imperialisten zu unterminieren und um zu verhindern, daß die österreichische Arbeiterklasse diesen Sieg begreift als Sieg aller Unterdrückten und Ausgebeuteten und daß sie die wichtigste Lehre daraus zieht: Daß ein Volk, das sich erhebt und seine Kraft erkennt, ein Volk, das nicht bereit ist, seinen Rücken zu beugen und andere darauf herumtrampeln zu lassen einen Gegner bezwingen kann, der zuerst unvergleichlich stärker erscheint.
Diese Wahrheit kann die bürgerliche Klasse, in deren Besitz sich die Presse befindet, nicht vertragen und noch weniger kann sie es sich leisten, sie offen dem Volk zu sagen. Vielmehr läßt sie ihre Journalisten - die Leute, die sie anstellt um Demagogie zu betreiben und Lügen zu verbreiten - von der Befreiungsbewegung und der Revolutionsregierung das gleiche behaupten, was sie selber macht, nämlich, daß diese das Volk unterdrücken. Um ihre Ansichten unter die Leute zu bringen, bauen die Eigentümer dieser Zeitungen auch ein breites Netz von Verkäufern auf und benutzen dazu Menschen die für einen Hungerlohn dafür sorgen müssen, daß das Gift auch an jeder Ecke greifbar ist. Schließlich ist der Profit, den diese Zeitungen abwerfen, auch nicht zu verachten.

Kein Wunder, daß gerade unter Studenten diese Blätter Verachtung hervorrufen und viele sich demgegenüber in den Zustand der "splendid isolation" begeben und sagen, mit dem will ich nichts zu tun haben, es ist eh alles "Manipulation" usw. Schlecht ist daran, wenn sie sich damit auch gleich vom gesamten politischen Geschehen absentieren mit dem Argument "man weiß nichts genaues". Der richtige Weg ist vielmehr, sich erst recht ein umfassendes Wissen von den Vorgängen zu verschaffen, um den falschen Darstellungen entgegentreten zukönnen.

DIE "SERIÖSEN ZEITUNGEN" - INFORMATION FÜR DIE MITGLIEDER DER HERRSCHENDEN KLASSE

Die herrschende bürgerliche KLasse ist nicht nur daran interessiert und darauf angewiesen, über ihre Massenblätter das Volk zu verhetzen und zu verdummen, sondern sie muß auch täglich das Geschehen in der Welt aufmerksam verfolgen und beobachten. Dazu hat sie sich einen anderen Typ von Zeitungen geschaffen, die sogenannten "seriösen bürgerlichen Zeitungen", wie z.B. Neue Zürcher, Le Monde, Frankfurter Allgemeine, Süddeutsche Zeitung usw. Dies sind Zeitungen, die direkt geschrieben sind für die Mitglieder der herrschenden Klasse, die "Gebildeten", die über ein ausgedehntes Netz von Korrespondenten in der ganzen Weltverfügen, und deren Kommentatoren und Redakteure offen unverblümt die Strategie der Imperialisten diskutieren und selbst engste Verbindungen zu den Mitgliedern der herrschenden Klasse und deren Politikern, Diplomaten usw. haben. Diese Zeitungen reagieren in der Regel nicht auf jedes Gerücht und machen daraus eine Schlagzeile (wie es der ORF z.B. in vorbildlicher Weise praktiziert) sondern ihr Ansehen hängt davon ab, daß sie so weit wie möglich die Verhältnisse schildern, wie sie sind. So hat die "Kronenzeitung" ihren Korrespondenten z.B. anfang April nach Vietnam geschickt und ihn bereits am 14.4., als die Verhältnisse noch völlig in Fluß waren, wieder abgezogen, während die der anderen Zeitungen dortgeblieben sind. Der Sieg des Volkes in Kambodscha wurde z.B. in der "Le Monde" folgendermaßen geschildert: *"Die Stadt ist befreit. Die Revolutionäre sind aus dem Norden... in die Stadt gekommen.... Es gab keinen Widerstand. Man hörte noch Gewehrschüsse, aber die Begeisterung der Bevölkerung ist überwältigend. Es bilden sich Gruppen um die großteils mit amerikanischen Waffen ausgerüsteten Partisanen, die jung, glücklich, und überrascht über ihren leichten Erfolg sind. Die 'republikanischen' Soldaten hißten schnell die weiße Flagge.Die Bevölkerungbegibt sich auf die Straße und die Flüchtlinge beginnen, in die befreiten Gebiete zurückzukehren."*(18.4.) Der Sieg in Vietnam in der "Süddeutschen Zeitung": *"Auf der Straße herrscht eine Atmosphäre seltsamer, überwältigender Freundlichkeit.. die totale Ausgangssperre der bisherigen Regierung mißachtend, standen Hunderttausende auf den Trottoirs, um die Eroberer zu begrüßen... Die jungen Männer in den weiten olivgrünen Uniformen.... saßen oder standen auf Panzern und Jeeps, offenbar keine Feindseligkeiten fürchtend. Sie lächelten, und manchmal schossen sie übermütig in die Luft ....Menschen stürzten auf sie zu, um ihnen die Hände zu schütteln, und auch Bewohner Saigons, die einander nicht kannten, beglückwünsch-*



Spendet für den Aufbau des Gesundheitswesens im befreiten Kambodscha

Vietnam und Kambodscha sind heute völlig von der Unterdrükkung durch den Imperialismus befreit. Die Marionettenregierungen, die die USA im Land installiert hatten, um sich Vorrechte bei der Ausbeutung der Bodenschätze und der Arbeitskräfte zu verschaffen, sind gestürzt worden. Die faschistische Unterdrückung, die den Volkswiderstand gegen den US-Iperialismus niederhalten sollte, wurde durch den bewaffneten Volksaufstand beseitigt. Das Volk hat direkt die Macht übernommen, es bestimmt nun den weiteren Weg.

Durch Bombardements, die ganze Landstriche unfruchtbar machten durch die Vertreibung der Landbevölkerung, durch die Zerstörung von Fabriken, tausenden Brücken, Häusern usw. versuchte der US-Imperialismus zusammen mit seinen Marionetten der Niederlage zu entgehen. Die Völker von Kambodscha und Südvietnam müssen nun darangehen, die Kriegsschäden zu beseitigen und ihre nationale Wirtschaft wiederaufzubauen.

Es ist die Aufgabe aller fortschrittlichen Menschen in der Welt, die Völker von Kambodscha und Vietnam beim Wiederaufbau ihres Landes zu unterstützen.
Der Kommunistische Bund Wien führt deshalb in den nächsten Wochen und Monaten eine Sammlung für den Aufbau eines GESUNDHEITSWESENS IN KAMBODSCHA durch.

Dadurch, daß in Kambodscha das Volk das Gesundheitswesen selbst in der Hand hat, ist gesichert, daß die Hilfe, die von fortschrittlichen Menschen aus der ganzen Welt kommt, in seinem Sinn eingesetzt wird.

Die Pariser Botschaft der "Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha" (GRUNC) sandte uns eine Liste von dringend benötigten Medikamenten und medizinischen Geräten zu.
Das befreite Kambodscha braucht:

I Medikamente
- *Antibiotika*
- *Medikamente zur Vorbeugung und Behandlung von Paludismus*
- *Vitamine (besonders des B-Komplexes)*
- *Medikamente zur Bekämpfung von Parasiten*
- *Medikamente zur Lokalanästhesie*

II Transportable medizinische Einrichtungen

III Verbandmaterial und chirurgische Instrumente

Der Kommunistische Bund sammelt für den Ankauf dieser Medikamente und Geräte. In der Zeitung des Kommunistischen Bundes "Klassenkampf" wird über die Verwendung der Gelder genaue Rechenschaft gegeben werden.

Spendenkonto
BAWAG 00663328

FORTSETZUNG VON SEITE 9

ten sich gegenseitig" (3.5.) Davon war in der "Kronenzeitung" nichts zu lesen, dafür aber am 18.4. "was dahintersteckt" von E.Trost: *"Man kann den Berichten der paar Korrespondenten, die in Pnom Penh ausgeharrt haben, ruhig glauben:Daß nämlich die Bevölkerung die einmarschierenden Truppen des Roten Khmer fahnenschwenkend und winkend begrüßt hat... Sie handelte nach dem Grundsatz ' lieber rot als tot'.."* Einer, der es ganz genau weiß! In der Süddeutschen Zeitung vom 16.5. kann man auch einiges über die Politik der USA lesen: *"Jetzt haben erstmals Ausländer die Chance gehabt, Einblicke in die von der amerikanischen Luftwaffe verursachten Zerstörungen zu tun... die Straßen (waren) von Bombenkratern unterbrochen..; keine einzige Brücke, keine einzige Pagode war unzerstört; Städte und Dörfer - von Bomben vernichtet, Reisfelder und Dämme - von Bomben beschädigt, und Kambodschaner mit harten Gesichtern krochen aus Erdlöchern, um die vorbeifahrenden Fremden zu sehen, ohne deren Grüße zu erwidern. General Curtis Le May, einst Stabchef der amerikanischen Luftwaffe, hatte mit dem Vorhaben geprahlt, die Vietnamesen 'zurück in die Steinzeit zu bombardieren.' In Vietnam ist es nicht gelungen, aber vielleicht sind die B-52 in Kambodscha diesem Ziel etwas näher gekommen."* Diese zeitungen brauchen keine Angst haben, daß ihre Leser dadurch von ihrem Standpunkt abgebracht werden könnten. Im Gegenteil, die europäischen und auch die österreichischen Kapitalisten sind daran interessiert, genau zu erfahren, wie sich die Verhältnisse in den Ländern entwickeln, die sie verloren haben, weil sie die Hoffnung nicht aufgeben können, sie wiederzugewinnen. Sie sind daran interessiert, genau zu erfahren, ob die Völker in der Lage sind, die Wirtschaft in Gang zu bringen, ob tatsächlich das Volk die Macht ausübt oder ob sich wieder irgendwelche Marionetten herausbilden, die man kaufen kann, usw. So kann man jetzt in den Zeitungen der Bourgeoisie lesen über die Erfolge beim Aufbau, wogegen die Kronenzeitung und dergleichen ihre Berichterstattung eingestellt haben.

Es ist klar, daß diese Zeitungen die Verhältnisse schildern vom Standpunkt der Bourgeoisie aber das ändert nichts daran, daß sie genutzt werden können von jedem, der sich ein Bild von der Lage verschaffen will.Vorausgesetzt er hat Zeit und Geld, was beides für die überwiegende Mehrheit nicht zutrifft.

" FREIHEIT DER PRESSE"

Wenn man die Sache so betrachtet, sieht man schnell, wie es mit der großartigen demokratischen Errungenschaft der "Pressefreiheit" unter der Herrschaft der Bourgeoisie bestellt ist. Die Besitzer der Zeitungen, Verlage, Druckereien usw. haben die Freiheit, die Ansichten zu verbreiten, die sie wollen, egal ob sie richtig sind, oder falsch, ob es sich um Lügen handelt oder nicht. Sie haben es oft nicht einmal nötig, offensichtliche Lügen zu dementieren. Als sich z.B. beim letzen größeren Druckerstreik in der Bundesrepublik die Druckereiarbeiter der Süddeutschen Zeitung weigerten, auf der Titelseite einen Hetzartikel gegen sich selbst zu drucken, hatten dieZeitungen nichts anderes zu tun, als ein großes Geheul anzustimmen darüber, daß jetzt"die Pressefreiheit gefährdet sei".

DAS VOLK BRAUCHT SEINE EIGENE PRESSE

Die Massen sind den bürgerlichen Hetzblättern solange ausgeliefert, als nicht die fortgeschrittensten Teile des Volkes darangehen, eine eigene Presse aufzubauen. Zeitungen, die nicht vom Standpunkt der Bourgeoisie ausgehen sondern vom Standpunkt des Kampfes gegen die Bourgeoisie und von den Interessen der Werktätigen, an denen die Massen mitarbeiten können und die ihnen einen Weg angeben, wie sie ihre Fesseln sprengen und ihre Kraft entfalten können. Solche Zeitungen sind ansatzweise die Zeitungen der demokratischen Komitees, die über die Kämpfe der Völker einer bestimmten Region berichten und eine solche Zeitung muß die Zeitung der kommunistischen Vorhut der österreichischen Arbeiterklasse werden, deren Keime es bereits gibt im "Klassenkampf"und den Zeitungen der anderen kommunistischen Organisationen in den Bundesländern.

L.L.